

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**

VERLÄSSLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN:

**FÜR EINEN
SCHULFRIEDEN
IN HESSEN**

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER



Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Grünen wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit diesen neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen, die Möglichkeiten zum Download und zur Bestellung aller bislang erschienen Konzeptpapiere finden Sie unter:

www.gruene-hessen.de - Konzepte für Hessen

www.gruene-hessen.de

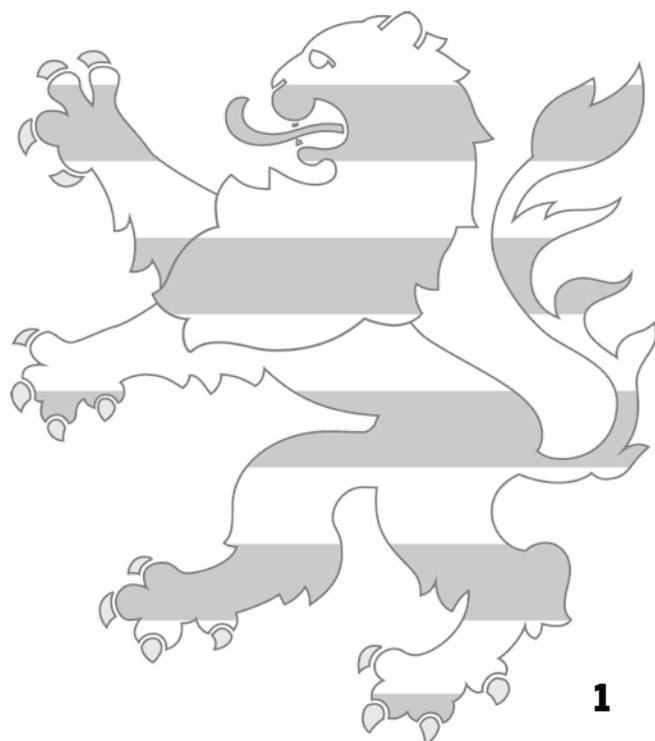
**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



VERLÄSSLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN FÜR HESSENS SCHULEN - FÜR EINEN SCHULFRIEDEN IN HESSEN

INHALT

Für einen Schulfrieden in Hessen.....	2
Auftrag Grüner Bildungspolitik.....	4
Leitlinien Grüner Bildungspolitik.....	4
Schulfrieden statt Schulkampf.....	4
Ermöglichen statt Verordnen.....	4
Evolution statt Revolution.....	5
Was jetzt für Hessens Schulen zu tun ist.....	5
Ein neuer Stil: Voneinander lernen - miteinander Schule gestalten.....	5
Gute Arbeitsbedingungen an den Schulen für mehr individuelle Förderung.....	7
Pädagogische Perspektiven eröffnen.....	8
Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen.....	11
Unterstützungssystem und Lehrerfortbildung verbessern.....	12
Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern reformieren.....	13
Zusammenarbeit mit anderen Ländern verbessern - Kooperationsverbot abschaffen....	13



VERLÄSSLICHKEIT UND PERSPEKTIVEN FÜR HESSENS SCHULEN FÜR EINEN SCHULFRIEDEN IN HESSEN

Seit Jahren und Jahrzehnten tobt in Hessen ein teilweise erbittert geführter Schulkampf. Je nachdem, wer gerade die Mehrheit im Landtag hat, soll das Schulsystem ganz grundsätzlich in die eine oder andere Richtung umgekrempelt werden. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer. Statt sich auf die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler konzentrieren zu können, sorgen immer neue Heilsbotschaften und Zwangsbeglückungen aus Wiesbaden für Unruhe an den Schulen. Statt eine langfristige, verlässliche Grundlage und klare Ziele für die Arbeit zu haben, ändert sich die Arbeitsgrundlage für die Schulen je nach Laune der Entscheidungsträger in Wiesbaden teilweise um 180 Grad. Statt die unterschiedlichen Wünsche von Eltern an eine vielfältige Schullandschaft wertzuschätzen und zu respektieren, wird immer wieder versucht, vermeintliche Wahrheiten aus Parteiprogrammen über die Erfordernisse vor Ort zu stellen.

Der Schulkampf verstellt den Blick auf die Realitäten. Die jeweilige Regierung übersieht in ihrem Kampf für die aus ihrer Sicht allein richtige und selig machende Bildungspolitik, die reale Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zu überprüfen. Es steht ja im Parteiprogramm, deshalb muss es richtig und wirksam sein. Die Wirklichkeit an unseren Schulen ist aber nicht schwarz oder weiß sondern bunt und vielfältig. Selbst Schwarz-Gelb hat in den vergangenen 15 Jahren nicht alles falsch gemacht. Aber die Opposition weist zu Recht seit langem auf ungelöste Probleme hin:

- Es ist gut, dass sich die Lehrerausstattung an den Schulen spürbar verbessert hat. Wahr ist aber auch, dass die 105%-Lehrerversorgung nicht erreicht ist. Außerdem zeigen alle Vergleichsstudien, dass sich die notwendigen Qualitätsverbesserungen im hessischen Bildungssystem nicht eingestellt haben – vom Bildungsland Nr. 1 ganz zu schweigen. Weiterhin ist der Bildungserfolg der Kinder in hohem Maße vom sozialen Hintergrund der Eltern abhängig. Und weiterhin verlässt jeder Fünfte die Schule mit absehbar erheblichen Problemen bei der weiteren Gestaltung seines Lebenswegs und beim Eintritt in die Arbeitswelt (sogenannte „Risikogruppe“ laut PISA-Studie).
- Es ist gut, dass die Mittel für Ganztagschulen ausgeweitet wurden. Wahr ist aber auch, dass hierbei die Grundschulen sträflich vernachlässigt und fast ausschließlich die pädagogische Mittagsbetreuung (Profil 1 der Ganztagschulrichtlinie) gefördert wurde.
- Es ist gut, dass die Selbständigkeit von Schulen gestärkt wurde. Wahr ist aber auch, dass zehn Jahre nach dem ersten Beschluss des Landtags nur ein verschwindend geringer Teil der Schulen den Status einer selbständigen Schule hat und die Umsetzung von den Schulen als zu bürokratisch und als Mangelverwaltung empfunden wird.
- Die Hauptschule hat trotz der guten Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer ein Akzeptanzproblem bei den Eltern. Zum Schuljahr 2013/2014 haben gerade einmal 3 Prozent

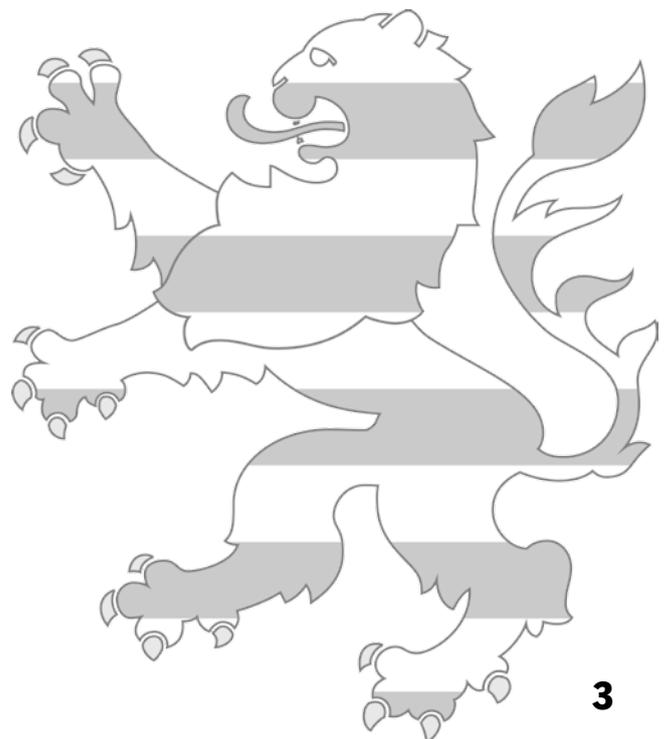
der Eltern ihr Kind nach der Grundschule an einer Hauptschule angemeldet. Generell sind die Eltern beim Wechsel von der Grund- in die weiterführende Schule zutiefst verunsichert. Viele entscheiden sich aus Überzeugung, viele aber auch im Zweifel für das Gymnasium, obwohl ihr Kind evtl. an einer anderen Schule besser gefördert werden könnte. Die Regierung hat hierauf keine Antwort.

- Auch über vier Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention ist nicht zu erkennen, wann in Hessen ein inklusives Schulsystem realisiert sein wird, zu dem sich auch die hessische Landesregierung mit ihrer Zustimmung zur Konvention verpflichtet hat.
- Die Trennung zwischen den Zuständigkeiten von kommunalem und staatlichem Schulamt ist für die Schulen in der täglichen Arbeit oft ein Hemmschuh. Das neue Landesschulamt wird hieran nichts ändern – eher im Gegenteil.

Die Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen. Sie zeigen: Weder ist alles gut im hessischen Schulsystem noch muss alles komplett anders gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund sehen wir mit Sorge, dass sich CDU und SPD angesichts der näher rückenden Landtagswahl in bildungspolitischen Fragen erneut radikalisieren. Eine neue Runde des bereits Jahrzehnte dauernden Schulkampfs ist eingeläutet. Der bildungspolitische Sprecher der CDU, Günther Schork, verstieg sich in der Landtagsdebatte vom 22. November 2012 gar zu der Äußerung, es gehe um „Freiheit statt Sozialismus“.

DIE GRÜNEN werden sich an dieser neuen Runde des ideologischen Schulkampfs nicht beteiligen. Weder ein „weiter so“ mit der schwarz-gelben Politik noch neuerliche Zwangsbeglückungen werden unsere Schulen weiterbringen. Die GRÜNEN stehen für Maß und Mitte in der Bildungspolitik. Mit uns können sich Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler darauf verlassen, dass nach einem Regierungswechsel an den Schulen nicht wieder alles komplett umgekrempelt wird. Gleichzeitig wollen wir den Schulen aber auch Perspektiven für ihre Arbeit und pädagogische Weiterentwicklung eröffnen. Die GRÜNEN stehen für Verlässlichkeit und Perspektiven in der Bildungspolitik.



AUFTRAG GRÜNER BILDUNGSPOLITIK

Bildung entscheidet über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, daher muss sie allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein. Wir wollen Bildungseinrichtungen, die allen jungen Menschen eine Perspektive bieten und sie optimal fördern. Die

starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder vom sozialen Status der Eltern wollen wir beenden. Aufstieg durch Bildung muss wieder zu einem realistischen Versprechen werden. Bildung allein sorgt noch nicht für mehr Gerechtigkeit, aber ohne Bildungschancen für alle ist eine gerechte Gesellschaft nicht möglich.

LEITLINIEN GRÜNER BILDUNGSPOLITIK

Leitlinie I: Schulfrieden statt Schulkampf

DIE GRÜNEN wollen für Hessen einen Schulfrieden erreichen. Wir reichen aus der Opposition die Hand für einen Schulfrieden und werden dies auch bei einer möglichen Regierungs- beteiligung tun. In Bremen und Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, sich zwischen Opposition und Regierung über die weitere Entwicklung des Schulwesens zu verständigen. Dort wissen die Schulen über eine Legislaturperiode hinaus, woran sie sind und können sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren. Das wollen wir auch für Hessen. Unser Ziel ist eine Vereinbarung zwischen den an Schule Beteiligten und den im Landtag vertretenen Parteien über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre. So erhalten die Schulen endlich Planungssicherheit, um sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren zu können. Das ständige

Rein-in-die-Kartoffeln-raus-aus-den-Kartoffeln hätte endlich ein Ende. Die bisherige Politik der Landesregierung war für dieses Ziel alles andere als hilfreich. Zwar redet Schwarz-Gelb gern vom Schulfrieden, in der Realität können sich CDU und FDP schon koalitionsintern kaum auf eine Bildungspolitik verständigen. Die Wünsche von Eltern, die ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot in der Grundschule, längeres gemeinsames Lernen oder Inklusion für ihre Kinder wollen, werden schlicht ignoriert. Die Ankündigungen der SPD, nach der nächsten Landtagswahl vieles komplett anders machen zu wollen, ist für die Schulen mehr Drohung denn Verheißung. Wir sind uns mit der SPD in der Kritik an der schwarz-gelben Bildungspolitik einig, unterscheiden uns aber deutlich in der Umsetzung einer besseren Bildungspolitik.

Leitlinie II: Ermöglichen statt Verordnen

Ein solcher Schulfrieden ist auch in Hessen möglich, wenn alle politischen Parteien endlich den Elternwillen respektieren. Wir GRÜNE verpflichten uns: Wir wollen Garanten des Elternwillens sein. Mit uns wird es keine Zwangsbeglückungen für die Schulen geben. Wir haben bildungs-

politische Überzeugungen und wollen Veränderungen, aber wir haben nicht die Hybris, unsere Überzeugungen von oben herab vorzuschreiben und über den Elternwillen zu stellen. Wir setzen auf ermöglichen statt verordnen. Konkret bedeutet das: Eltern, die längeres gemeinsames

Lernen für ihre Kinder wollen, sollen ein solches schulischen Angebot endlich auch in Hessen wohnortnah finden. Wer sein behindertes Kind an einer allgemeinen Schule statt an der Förderschule unterrichten lassen will, soll endlich auch in Hessen inklusive Schulen vorfinden. Es gilt aber auch: Wir werden keine von den Eltern vor Ort akzeptierte Schule des gegliederten Schulwesens abschaffen. Die Erfahrungen anderer

Bundesländer zeigen, dass sich aufgrund der Entscheidungen vor Ort mittel- bis langfristig mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Zwei-Säulen-Schulsystem entwickeln wird. In ihm gibt es das Gymnasium auf der einen und eine weitere leistungsfähige Schulform mit längerem gemeinsamen Lernen und allen Abschlüssen auf der anderen Seite.

Leitlinie III: Evolution statt Revolution

DIE GRÜNEN halten eine schrittweise Schulentwicklung für notwendig. Wir setzen auf Evolution statt Revolution. Es macht aus schulorganisatorischen Gründen keinen Sinn, immer neue Großreformen überstürzt flächendeckend über alle Schulen auszugießen. Veränderungen müssen – das haben die letzten Jahre überdeutlich gezeigt – gut vorbereitet sein. Da macht es

schlicht und einfach Sinn, zunächst an einigen Schulen Erfahrungen zu sammeln und auftauchende Probleme zu lösen bevor auch andere Schulen die Veränderungen übernehmen. Revolutionäre Parolen mögen sich im Wahlkampf gut machen, in der Schulpraxis führen sie aber meist zu blankem Chaos.

WAS JETZT FÜR HESSENS SCHULEN ZU TUN IST

Mit diesem Konzept beschreiben wir GRÜNE, was jetzt für Hessens Schulen zu tun ist und was wir – so wir von den Bürgerinnen und Bürgern einen Regierungsauftrag bekommen – konkret umsetzen wollen.

1. Ein neuer Stil: Voneinander lernen – miteinander Schule gestalten

Ein respektvoller und wertschätzender Umgang miteinander zeichnen guten Unterricht aus. Ebenso selbstverständlich sollten diese Eigenschaften im Umgang zwischen den an Schule Beteiligten, der Schulverwaltung, den Schulträgern und dem Kultusministerium sein. Wir wollen ein Klima schaffen, in dem alle Akteure des Bildungswesens voneinander und mitein-

ander lernen und gemeinsam Schule gestalten können. Das Kultusministerium ist in unserem Verständnis nicht Zuchtmeister der Schulen, sondern Impuls- und Ideengeber, Moderator und natürlich Finanzier von Veränderungen an den Schulen. Konkret drückt sich dieser neue Stil u.a. in folgenden Maßnahmen aus:

- **Bildungsdialog „Hessens Schulen 2024“**
Nur wer ein Ziel hat, kann es auch erreichen. Und nur, wenn unsere Schulen dauerhaft und verlässlich Klarheit darüber haben, was die Gesellschaft von ihnen erwartet, können sie mit ihrer pädagogischen Arbeit angemessen darauf reagieren. Wir wollen uns daher in einem Bildungsdialog „Hessens Schulen 2024“ mit den bildungspolitischen Akteuren, gesellschaftlichen Gruppen

und den im Landtag vertretenen Parteien darauf verständigen, welche Ziele unser Bildungswesen in den nächsten zehn Jahren bis 2024 erreichen soll. Auf dieser klaren Grundlage lassen sich auch die Unterstützung und Förderung der Schule präziser ausrichten.

Aus unserer Sicht sind dies folgende Ziele: Verbesserung der Bildungsqualität für alle Schülerinnen und Schüler gemessen am Abschneiden in internationalen Vergleichsstudien (z.B. IGLU, PISA); Reduzierung der Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder vom sozialen Hintergrund ihrer Eltern (Integration und gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung); Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss oder mit erheblichen Defiziten („Risikogruppe“ laut PISA-Studie) verlassen; Erhöhung des Anteils der Schülerinnen und Schüler, die den Anforderungen des Abiturs gerecht und somit zum Studium befähigt werden; Aufbau eines bedarfsgerechten Angebots an echten Ganztagschulen für mehr individuelle Förderung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystem gemäß den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention.

Selbstverständlich soll der Dialog nicht zehn Jahre dauern, sondern ein erstes Ergebnis soll nach einer intensiven Arbeitsphase bereits nach einem Jahr vorliegen.

- **Bildungskongress „Schulen lernen von Schulen“ alle zwei Jahre**

Wir sind der festen Überzeugung, dass in der Bildungspolitik nichts grundsätzlich neu erfunden werden muss. An vielen Schulen

gibt es schon heute hervorragende Lösungen für vielfältige pädagogische Fragen. Das Rad muss nicht an jeder Schule neu erfunden werden. Oft ist der einen Schule aber gar nicht bekannt, dass an anderen Schulen ein Thema ebenfalls bearbeitet oder sogar bereits erfolgreich umgesetzt wird. Mit einem alle zwei Jahre stattfindenden Bildungskongress „Schulen lernen von Schulen“ wollen wir für die notwendige Information, Transparenz und Vernetzung sorgen. Der Kongress soll als Markt der Möglichkeiten aufzeigen, was an unseren Schulen bereits geleistet wird und gleichzeitig in Workshops den Know-How-Austausch zwischen den Schulen ermöglichen.

- **Die Kommunen als Partner und wichtigen Akteur der Schulpolitik begreifen**

Gerade für die selbständige Schule, die Entwicklung von der Halbtags- zur Ganztagschule und die Einbettung der Schule in die kommunale Bildungslandschaft kommt den kommunalen Schulträgern eine entscheidende Rolle zu. Sie sind es, die die Schule bei der Öffnung zu ihrem Lernumfeld in der Kommune am besten unterstützen können. In ihrer Verantwortung werden die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt und lebensbegleitendem Lernen organisiert. Und sie sind es, die von ungenügenden Bildungsergebnissen in Form von auffälligen Jugendlichen, Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuchenden oder Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, am unmittelbarsten betroffen sind. Viele Schulträger haben sich bereits engagiert auf den Weg gemacht und fordern bspw. im Positionspapier des Landkreistages zum Thema Bildung eine starke Rolle für sich ein.

Die kommunalen Schulträger sollen daher künftig deutlich gestärkt werden. Gemeinsam mit den Schulen sollen sie kommunale Bildungslandschaften gestalten. Dazu gehört insbesondere auch die Vernetzung der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sozialarbeit mit der Schule. Eine solche neue Rolle setzt selbstverständlich einen intensiven Dialog mit den kommunalen Schulträgern und eine Verständigung über Finanzierungsfragen zwischen Land und Kommunen voraus. Uns geht es um die Schaffung von optimalen Strukturen für die Schulen und nicht um ein Sparmodell für das Land zu Lasten der Kommunen.

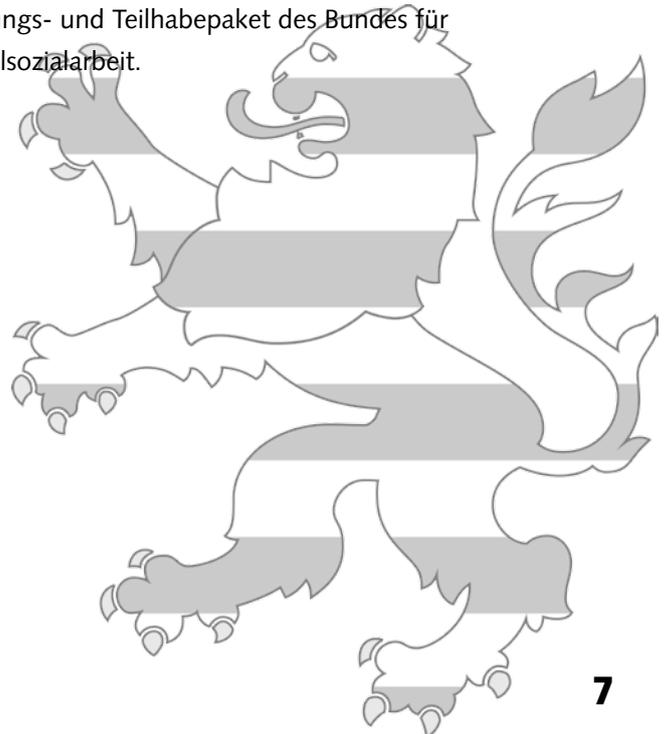
2. Gute Arbeitsbedingungen an den Schulen für mehr individuelle Förderung

Lernen braucht vor allem eines: Zeit. Unter Stress und Hektik können gute Schulen nicht gelingen. Unsere Schulen brauchen wieder Luft zum Atmen und Freiräume, um pädagogische Konzepte und mehr individuelle Förderung tatsächlich umsetzen zu können. Die Arbeitsbedingungen an unseren Schulen sind für eine solche kreative und anregende Atmosphäre entscheidend. Daher wollen wir u.a. folgende konkrete Veränderungen auf den Weg bringen:

- **Entbürokratisierung: Mehr Zeit für Pädagogik, weniger Stress mit Bürokratie**
In den vergangenen Jahren wurden die Schulen mit einer Fülle von bürokratischen Vorgaben, Abfragen und Statistiken überzogen. Wir wollen diesen Verwaltungsaufwand für die Schulen wieder auf das tatsächliche notwendige Maß reduzieren und soweit möglich minimieren. Daher wollen wir alle Schulen mit der Bitte anschrei-

ben, dem Kultusministerium aus ihrer Sicht überflüssige oder besser zu organisierende Vorgaben und Regelungen zu nennen. Auf Grundlage der Rückmeldungen erfolgt dann eine Überarbeitung der Vorgaben.

- **Echte 105%-Lehrerversorgung – verlässlich auf mehrere Jahre**
Wir werden allen Schulen eine echte 105%-Lehrerversorgung zuweisen. Die Mittel werden verstetigt und den Schulen so ein über mehrere Jahre verlässliches Budget gegeben. So können aus den Mittel der zusätzlichen Lehrerversorgung auch mehrjährige Verträge beispielsweise mit Sozialpädagogen, Schulsozialarbeitern, Schülernmentoren oder Verwaltungskräften geschlossen werden.
- **Lehrerzuweisung nach Sozialindex ausbauen – besondere Förderbedarfe besser berücksichtigen**
Wir wollen die Lehrerzuweisung nach Sozialindex ausbauen. So erhalten Schulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schüler mit besonderen Förderbedarfen die Möglichkeit, besser auf diese Kinder und Jugendlichen einzugehen. Dazu gehört für uns auch der Erhalt der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes für Schulsozialarbeit.



3. Pädagogische Perspektiven eröffnen

Wir werden den Schulen Weiterentwicklungsmöglichkeiten für ihre pädagogische Arbeit eröffnen. Nur durch mehr individuelle Förderung kann es gelingen, die Ergebnisse unseres Bildungssystems endlich spürbar zu verbessern. Konkret:

- **Grundschule stärken – auf den Anfang kommt es an**

Kindertagesstätten und Grundschulen legen das Fundament für den gesamten weiteren Bildungserfolg von Kindern. Hier muss es gelingen, wirklich alle Kinder mitzunehmen und niemanden zurückzulassen. Wer nicht von Anfang an das richtige Rüstzeug mitbekommt, wird dies in der Regel sein ganzes weiteres schulisches Leben nicht mehr aufholen können. Hier liegt der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Bildungswesen. Wir wollen die Kindertagesstätten und Grundschulen in die Lage versetzen, den Bildungs- und Erziehungsplan tatsächlich umsetzen zu können. Die enge Zusammenarbeit durch den Ausbau von sogenannten Tandems zwischen beiden Institutionen muss selbstverständlich und durch ausreichend Zeit ermöglicht werden. Wir werden Grundschulen dabei fördern, den flexiblen Schulanfang umzusetzen. Dabei werden die ersten beiden Klassen zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst, die je nach Entwicklungsstand des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. Gute Schülerinnen und Schüler werden nicht gelangweilt. Kinder, die mehr Förderung brauchen, bekommen die Zeit, die sie brauchen. So schaffen wir ein solides Fundament für alle.

- **Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkinder**

Der Wunsch der Eltern nach qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten hört nicht mit dem 6. Geburtstag ihrer Kinder auf. Im Gegenteil: Gerade dann erwarten die Mütter und Väter, dass ihre Söhne und Töchter nicht nur guten Unterricht in der Grundschule erhalten, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist. Viel zu oft ist es so, dass mit Beginn der Grundschule das mühsam gefundene Betreuungsarrangement komplett zusammenbricht. Mütter oder Väter müssen dann doch wieder zu Hause bleiben oder können nur noch Teilzeit arbeiten.

Die GRÜNE Bildungs- und Betreuungsgarantie ist darauf die Antwort. Wir wollen dafür sorgen, dass es an jeder Grundschule ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17:00 Uhr gibt. Selbstverständlich entscheiden die Eltern selbst, ob und wie lange sie ihr Kind über die Unterrichtszeit der Grundschule hinaus betreuen lassen wollen. Die Bildungs- und Betreuungsgarantie ist ein Angebot und kein Zwang.

Zur Umsetzung der Bildungs- und Betreuungsgarantie werden wir im Laufe der kommenden fünf Jahre allen Grundschulen die Aufnahme in das Ganztagsschulprogramm des Landes ermöglichen. Als Land werden wir das Personal oder die Mittel zur Verfügung stellen, um an fünf Tagen die Woche von 7:30 bis 14:30 Uhr ein Ganztagsangebot an den Grundschulen bereitzuhalten. Für die Zeit von 14:30 bis 17:00 Uhr und

für die Betreuung in den Schulferien sind im Gegenzug die Kommunen zuständig. Durch einen Vertrag zwischen Land, Schulträger und Kommunen werden wir sicherstellen, dass für die Eltern und ihre Kinder ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einem Guss von 7:30 bis 17:00 Uhr entsteht¹.

- **Für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9**

Seit Jahren haben wir uns für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 eingesetzt. Erst zum Schuljahr 2013/2014 ist Schwarz-Gelb unserem Vorschlag gefolgt. Neben den kooperativen Gesamtschulen können jetzt auch die Gymnasien wählen, ob sie G8 oder G9 anbieten wollen. Allerdings gibt es in weiten Teilen Hessens weiterhin keine echte Wahlfreiheit, weil eine ausreichende Zahl an G9-Schulen fehlt. Wir stehen dafür, dass Eltern in allen Regionen Hessens wählen können, ob sie G8 oder G9 für ihr Kind wollen. Unmittelbar nach einer Regierungsbeteiligung werden wir im Dialog mit den Eltern der Grundschulkindern in regionalen Konferenzen ermitteln, wie hoch der Bedarf an G8 und G9 ist. Anschließend werden wir gemeinsam mit den weiterführenden Schulen und den kommunalen Schulträgern versuchen, ein entsprechendes Angebot an G8- und G9-Schulen zu organisieren. Neben der Wahlfreiheit wollen wir auch die Ausgestaltung von G8 weiterentwickeln. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurde die verkürzte Gymnasialzeit in Hessen grottenschlecht eingeführt, wovon die Schulen noch heute leiden. Wir wollen die Erfahrungen anderer Bundesländer im Bezug auf Unterrichtsinhalte und -organisation für Hessen nutzen. Eine von

oben verordnete generelle Rückkehr zu G9 lehnen wir ab. Ein solches Vorgehen würde dem von uns angestrebten Schulfrieden widersprechen.

- **Länger gemeinsam lernen: die Neue Schule ermöglichen**

Wir GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Im Sinne des beschriebenen Schulfriedens werden wir diesen Weg aber nicht von oben verordnen oder einzelnen Schulen vorschreiben. Schulreformen müssen vielmehr von den Schulgemeinden vor Ort ausgehen und von ihnen getragen werden. In den kommenden fünf Jahren wollen wir es der Hälfte der weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Dieser Weg steht allen bisherigen Gymnasien, Haupt- und Realschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen offen, ist also nicht auf eine bestimmte Schulform begrenzt. Wir werden die personellen, sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Schulen sich zu Neuen Schulen entwickeln können, ohne die Bedingungen für diejenigen Schulen zu verschlechtern, die diesen Weg nicht oder noch nicht gehen wollen. Die Initiative, eine Neue Schule werden zu wollen, liegt bei der Schulgemeinde – den Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern jeder einzelnen Schule – und natürlich beim Schulträger.

¹ Siehe auch das ausführliche GRÜNE Konzeptpapier „Gute Bildung von Anfang an – Die GRÜNE Bildungs- und Betreuungsgarantie“ unter <http://gruenlink.de/ho3>.

Die Neuen Schulen zeichnen sich durch folgende inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots aus:

- Alle Abschlüsse an einer Schule – die „Neuen Schulen“ bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8);
 - länger gemeinsam lernen – in den „Neuen Schulen“ lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 beziehungsweise 10;
 - keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern;
 - bedarfsgerechtes Ganztagsangebot – gemäß der Ausweitung des Ganztags-schulprogramms für alle Schulen;
 - individuelle Förderung statt Querver-setzung und Sitzenbleiben;
 - Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit².
- **Ganztagsangebote ausbauen – Schulen als Lern- und Lebensort gestalten**

Ganztägige Schulen ermöglichen mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung und Kooperation der Lehrkräfte untereinander, eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendhilfe sowie die verstärkte Öffnung zum schulischen Umfeld. Gerade Kinder aus benachteiligten Schichten profitieren von längeren Schultagen, in denen kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden können. Ganztags-schulen erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind mehr als bloße Nachmittagsbetreuung. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir deutlich mehr Ganztagsangebote an hessischen Schulen

einrichten und dabei mit der Bildungs- und Betreuungs-garantie für Grundschul-kinder einen besonderen Schwerpunkt auf die Grundschulen legen. Wir wollen erreichen, dass Vereine sowie soziale, kulturelle und interkulturelle Jugendarbeit im Umfeld der Schule stärker mit der Ganztags-schule zusammenarbeiten können. Daher wollen wir auch diese außerschulischen Lern- und Freizeitangebote stärken und in ihrer Eigenständigkeit bewahren.

- **Inklusiver Unterricht: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**

Wir wollen den inklusiven gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel machen. Die notwendigen personellen, sachlichen und baulichen Voraussetzungen müssen den Kindern an die wohnortnahe allgemeine Schule folgen. Heute ist es umgekehrt. Die Schülerinnen und Schüler müssen oft weite Wege zu einer Förderschule zurücklegen. Unser Ziel ist es, dass alle Eltern frei entscheiden können, ob sie ihr Kind an einer wohnortnahen allgemeinen Schule oder an einer Förderschule unterrichten lassen. Das wird nicht von heute auf morgen gelingen. Wir halten ein solches inklusives Schulsystem jedoch bis zum Schuljahr 2020/2021 für realisierbar. Als Zwischenschritte werden wir gesetzlich verankern, dass die Möglichkeiten für eine inklusive Beschulung in jedem Schul-trägerbezirk jedes Schuljahrs spürbar besser werden muss. Die unabhängige Beratung von Eltern über den besten Förderweg für ihr Kind wollen wir ausbauen³.

² Siehe auch das ausführliche GRÜNE Konzeptpapier „Die Neue Schule“ unter <http://gruenlink.de/ho4>.

³ Siehe auch den GRÜNEN Gesetzesvorschlag zum Umsetzung von Inklusion unter <http://gruenlink.de/2gt>.

- **Selbstständige Schule: mehr pädagogische Freiheit, weniger Bürokratie**

Gute Schulen werden vor Ort gemacht. Wir wollen den Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Deshalb werden wir den Schulen mehr Freiraum und Entscheidungskompetenzen geben. Unser Konzept der selbstständigen Schule gestattet ihnen selbst zu entscheiden, in welchen Schritten sie mehr Eigenverantwortung übernehmen wollen. Wir werden die selbstständigen Schulen von unnötiger Bürokratie befreien. Für uns bedeutet ein Mehr an Selbstständigkeit nicht das Abschieben von Verantwortung vom Land auf die Schulen oder gar Mangelverwaltung. Unser Schwerpunkt liegt auf einem Mehr an pädagogischer Freiheit, um Schülerinnen und Schüler individueller fördern zu können. Zu einem Mehr an Selbstständigkeit gehört, dass die Schulen Rechenschaft über ihre Ergebnisse ablegen und ihre Arbeit evaluieren. Hierzu werden wir die Schulinspektion weiterentwickeln. Eine selbstständige Schule ist für uns eine Schule, in der Demokratie und Mitbestimmung aktiv gelebt werden und Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern gemeinsam an der Schulentwicklung arbeiten⁴.

- **Schulen in freier Trägerschaft eine solide Grundlage geben**

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Bildungslandschaft. Sie senden wichtige Impulse an die staatlichen Schulen. Wir werden ihre Finanzierung auf eine solide Grundlage stellen und dabei die Vorschläge des Runden Tisches zur Neuorganisation der Ersatzschulfinanzierung schrittweise umsetzen. Die Neufassung des

Ersatzschulfinanzierungsgesetzes ist hierzu ein wichtiger Schritt. Wir werden auch auf die Einhaltung des sogenannten Sonderrungsverbots achten. Es besagt, dass die Höhe des Schulgeldes nicht dazu führen darf, dass bestimmte Bevölkerungsteile von vornherein vom Schulbesuch ausgeschlossen sind.

4. Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen

Wir wollen das duale Ausbildungssystem als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in diesem Kontext weiterentwickeln. Dabei muss die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für die Ausbildung erhalten bleiben. Die beruflichen Schulen haben eine Schlüsselrolle für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich als eigenverantwortlich handelnde pädagogische Organisationen zu regionalen Kompetenzzentren zu entwickeln.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch in Hessen ein Angebot für eine Berufsausbildung erhält – auch diejenigen, die im dualen System keinen Platz gefunden haben. Keiner soll mehr in dem derzeitigen undurchsichtigen Förderdschungel verloren gehen. Unproduktive Warteschleifen wollen wir künftig vermeiden. Dabei orientieren wir uns an Vorschlägen der Bertelsmann-Stiftung, der bereits eingeleiteten Reform des Übergangssystems in Hamburg und Nordrhein-Westfalen sowie an guten Beispielen aus Hessen. Statt des derzeitigen Durcheinanders von vielen Förderprogrammen soll es künftig nur noch zwei Grundtypen von Förderangebo-

⁴ Siehe auch das ausführliche GRÜNE Konzeptpapier „Hessens Weg zu Selbstständigen Schulen“ unter <http://gruenlink.de/27u>.

ten geben: erstens die mit öffentlichen Mitteln geförderte voll qualifizierende Berufsausbildung für Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsvertrag bekommen haben, zweitens ein Ausbildungsvorbereitungsjahr für Schülerinnen und Schüler, die für die Teilnahme an einer Ausbildung noch zusätzlichen Förderbedarf haben. Ziel einer jeden Förderung ist es, dass die jungen Menschen einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf machen. Die in einigen Regionen Hessens bereits sehr erfolgreich arbeitenden Produktionsschulen sollen als eine Möglichkeit des Ausbildungsvorbereitungsjahres verankert werden. Die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf muss bereits in der Mittelstufe beginnen. Entscheidend ist, dass den Schülerinnen und Schülern dort das Rüstzeug mitgegeben wird, um ein selbstbestimmtes Leben führen und sich in der Berufswelt zurechtfinden zu können.

Zusätzlich soll es ab Klasse 7 eine systematische Beratung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler geben. Diese Lebens- und Arbeitsweltberatung wird nahtlos an den beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe fortgesetzt und unterstützt die jungen Menschen kontinuierlich bis zum Abschluss ihrer Ausbildung oder Studienqualifizierung. Wir setzen uns dafür ein, diese Lebens- und Arbeitsweltbegleitung organisatorisch in Verantwortung der Landkreise beziehungsweise der kreisfreien Städte zu organisieren, da so eine kontinuierliche Begleitung unabhängig von der jeweils aktuell besuchten Schule beziehungsweise Fördermaßnahme bis zum Abschluss der Berufsausbildung sichergestellt werden kann. Die Neugestaltung des Übergangs Schule-Beruf muss nicht teurer sein als das derzeitige System mit seinen zahlreichen Reibungsverlusten. Entscheidend ist die Zusammenführung der Mittel für die unter-

schiedlichen Förderprogramme, um so eine Förderung aus einem Guss zu erreichen. Die anstehende neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) ab dem Jahr 2014 soll genutzt werden, um die unterschiedlichen Fördertöpfe von Europäischer Union, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene im Rahmen des hessischen ESF-Programms soweit irgend möglich zu einem gemeinsamen Budget für den Übergangsbereich zusammenzuführen⁵.

5. Unterstützungssystem und Lehrerfortbildung verbessern

Die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer und die an sie gestellten Erwartungen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Wir werden daher ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für unsere Schulen schaffen, um durch Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Einbeziehung anderer Professionen den Anforderungen an Schule gerecht werden zu können. Konkret werden wir

- die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ausbauen und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren;
- die bisherigen Unterstützungsleistungen der Staatlichen Schulämter und kommunalen Schulträger in kommunalen Bildungsbüros weitgehend zusammenfassen und ausbauen; so erhalten die Schulen Unterstützung und ein Budget aus einer Hand;
- die zentralistische Monsterbehörde Landes Schulamt zu einer wirkungsvollen, dezentralen Unterstützungsstruktur für die Schulen weiterentwickeln und wo nötig und noch möglich rückabwickeln.

⁵ Siehe auch das ausführliche Positionspapier „Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung – Ein Konzept zur Reform des Übergangs Schule-Beruf“ unter <http://gruenlink.de/ho5>.

6. Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern reformieren

Das Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern hat sich erheblich gewandelt. Sie sind nicht nur mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben, sondern auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Daher kommt ihrer Ausbildung großes Gewicht zu, denn sie legt den Grundstein für gute Schulen. Wir wollen, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer durch Praxissemester frühzeitig einen Eindruck von ihrer künftigen herausfordernden Tätigkeit bekommen. So können sie besser entscheiden, ob der Lehrerberuf tatsächlich das Richtige für sie ist. Für die Begleitung im Praxissemester und im Referendariat sind die Mentorinnen und Mentoren an den Ausbildungsschulen von entscheidender Bedeutung. Ihre Rolle werden wir stärken. Wir werden im Dialog mit allen Beteiligten über die künftige Struktur der Lehrerbildung beraten. Die Studieninhalte müssen stärker auf die geänderte schulische Wirklichkeit ausgerichtet werden. Besonders der sich abzeichnende Wandel von der Halbtags- zur Ganztagschule, die zunehmenden Anforderungen an die Schule im Bereich der Erziehung und der Vermittlung von Sozialkompetenzen und der inklusive Unterricht machen Veränderungen notwendig. Dazu gehört auch, dass Lehrerinnen und Lehrer statt als Einzelkämpfer stärker in Teams zusammenarbeiten⁶.

7. Zusammenarbeit mit anderen Ländern verbessern - Kooperationsverbot abschaffen

Wir setzen uns für die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bundes- und Landesebene in der Bildungspolitik ein. Maßnahmen wie das äußerst erfolgreiche Ganztagschulprogramm der damaligen rot-GRÜNEN Bundesregierung müssen wieder möglich werden. Auch sprechen wir uns für eine stärkere Abstimmung zwischen den Ländern aus. Es hat keinen Sinn, wenn 16 Bundesländern glauben, die Unterrichtsinhalte, die Lehrerausbildung und die Schulstruktur 16 Mal komplett neu erfinden zu müssen. Eltern, die schon einmal von einem Bundesland in ein anderes umgezogen sind, können hiervon ein leidvolles Lied singen.



⁶ Siehe auch das ausführliche GRÜNE Konzeptpapier „Reform der Lehrerbildung“ unter <http://gruenlink.de/ho6>.

KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

ZUSTÄNDIGER ABGEORDNETER

MATHIAS WAGNER



Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Bildung

Tel.: 0611/350-746
m.wagner@ltg.hessen.de

MITARBEITERIN

ELENA SEBASTIAN



Referentin für Bildung, Wissenschaft,
Hochschulen, Jugendberufshilfe

Tel.: 0611/350-593
e.sebastian@ltg.hessen.de

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

